

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973 Ausgegeben am 20. September 1973 105. Stück

- 456.** Verordnung: Zuständigkeit betreffend die Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung
- 457.** Verordnung: Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz
- 458.** Verordnung: Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommissionen im Bereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung
- 459.** Verordnung: Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1974
- 460.** Verordnung: 14. Prokuraturverordnung
- 461.** Verordnung: 15. Prokuraturverordnung
- 462.** Verordnung: 16. Prokuraturverordnung
- 463.** Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Handelsminister der Volksrepublik Albanien über die internationale Güterbeförderung mit Lastkraftwagen

456. Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 29. August 1973 über die Zuständigkeit betreffend die Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung

Auf Grund des § 15 Abs. 4 und 5 der Dienstpragmatik, RGBl. Nr. 15/1914, in der Fassung der Dienstpragmatik-Novelle 1969, BGBl. Nr. 148, wird verordnet:

§ 1. Bei den Gruppenkommanden II und III sowie beim Kommando der Fliegerbrigade werden Dienstbeurteilungskommissionen für die Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung dieser Dienststellen und der ihnen nachgeordneten Dienststellen eingerichtet.

§ 2. Die Dienstbeurteilung der Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung

- a) des Kommandobataillons beim Bundesministerium für Landesverteidigung wird der Dienstbeurteilungskommission beim Armeekommando,
- b) der Heeresunteroffiziersschule, der Jägerschule sowie der Erkennungsmarkenevidenzstelle wird der Dienstbeurteilungskommission beim Gruppenkommando III,
- c) des Militärvikariates, des Evangelischen Militärseelsorgeamtes, des Heeresgeschichtlichen Museums, der Heeresfilm- und Lichtbildstelle, der Theresianischen Militärakademie, der Heeresversorgungsschule, der Heereskraftfahrerschule, der Heeres-

sport- und Nahkampfschule, der Panzertruppendelegation, der Artillerieschule, der Pioniertruppendelegation, der Tel-Truppendelegation, der Fliegerabwehrwaffen-Truppendelegation, der Luftschutztruppendelegation, der Sanitätsschule sowie des Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig wird der Dienstbeurteilungskommission bei der Landesverteidigungsakademie

zugewiesen, sofern nicht gemäß § 15 Abs. 7 und 8 der Dienstpragmatik die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung gegeben ist.

§ 3. Die Dienstbeurteilung der Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung, die für die Dauer des ganzen Beurteilungszeitraumes einer Einheit angehört haben, die auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes vom 30. Juni 1965, BGBl. Nr. 173, auf Ersuchen internationaler Organisationen zur Hilfeleistung in das Ausland entsendet wurde, wird der Dienstbeurteilungskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung zugewiesen.

§ 4. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 15. November 1969, BGBl. Nr. 395, über die Zuweisung der Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung außer Kraft.

Lütgendorf

457. Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 30. August 1973 über die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

Auf Grund des § 15 der Dienstpragmatik, RGBL. Nr. 15/1914, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 148/1969 wird verordnet:

§ 1. Der beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung für die Beamten im Dienstbereiche

1. der Bundesapotheken,
2. der Bundeshebammenlehranstalten,
3. der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten,
4. der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung,
5. der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen,
6. der Bundesstaatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt,
7. des Bundesstaatlichen Serumprüfungsinstitutes,
8. der Bundesstaatlichen Anstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen,
9. der Bundesanstalt für Viruseuchenbekämpfung bei Haustieren,
10. der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und
11. der Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen

zugewiesen.

Leodolter

458. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 31. August 1973 über die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommissionen im Bereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung

Auf Grund des § 15 der Dienstpragmatik, RGBL. Nr. 15/1914, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 148/1969 wird verordnet:

§ 1. Der beim Bundesministerium für soziale Verwaltung errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung für die Beamten im Dienstbereiche der Arbeitsinspektorate und für die Beamten des ärztlichen Dienstes bei sämtlichen Dienststellen im Bereiche des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zugewiesen.

§ 2. (1) Der beim Landesarbeitsamt Wien errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die

Dienstbeurteilung für die Beamten der Verwendungsgruppe A — mit Ausnahme der Beamten des ärztlichen Dienstes — im Dienstbereiche der übrigen Landesarbeitsämter zugewiesen, sofern nicht gemäß § 15 Abs. 7 und 8 der Dienstpragmatik die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung gegeben ist.

(2) Die Dienstbeurteilung für die Beamten der Verwendungsgruppen B bis E und P 1 bis P 6 im Dienstbereiche

- a) des Landesarbeitsamtes Burgenland wird der Dienstbeurteilungskommission beim Landesarbeitsamt Niederösterreich,
- b) des Landesarbeitsamtes Salzburg der Dienstbeurteilungskommission beim Landesarbeitsamt Oberösterreich,
- c) des Landesarbeitsamtes Vorarlberg der Dienstbeurteilungskommission beim Landesarbeitsamt Tirol und
- d) des Landesarbeitsamtes Kärnten der Dienstbeurteilungskommission beim Landesarbeitsamt Steiermark

zugewiesen, sofern nicht gemäß § 15 Abs. 7 und 8 der Dienstpragmatik die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung gegeben ist.

§ 3. Der beim Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung für die Beamten im Dienstbereiche der übrigen Landesinvalidenämter, der Bundesstaatlichen Prothesenwerkstätten sowie der Geschäftsstelle der Heimarbeitskommissionen beim Einigungsamt Wien — mit Ausnahme der Bediensteten des ärztlichen Dienstes — zugewiesen, sofern nicht gemäß § 15 Abs. 7 und 8 der Dienstpragmatik die Zuständigkeit der Dienstbeurteilungskommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung gegeben ist.

§ 4. Die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 7. November 1969, BGBl. Nr. 391, tritt mit Kundmachung dieser Verordnung außer Kraft.

Häuser

459. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 31. August 1973 über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1974

Auf Grund des § 11 a Abs. 1 und 3 des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 259/1967 und 164/1972 wird verordnet:

Artikel I

Der im Bereiche des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung BGBl. Nr. 336/1973 für das Kalenderjahr 1974 mit 1,087 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1974 auch für den Bereich des Opferfürsorgegesetzes verbindlich.

Artikel II

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1974 an die Stelle der im Opferfürsorgegesetz genannten festen Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung BGBl. Nr. 385/1972 angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. Im § 11 Abs. 5:
statt 2739 S mit 2977 S,
statt 2255 S mit 2451 S,
statt 3435 S mit 3734 S.
2. Im § 12 a Abs. 1:
statt 4069 S mit 4423 S,
statt 1628 S mit 1770 S.

Häuser

460. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 31. August 1973 über die Erweiterung der Vertretungsbefugnis der Finanzprokurator (14. Prokuraturverordnung)

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes, StGBI. Nr. 172/1945, wird verordnet:

Der Finanzprokurator wird übertragen, den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen For-

schung Wien vermögensrechtlich zu beraten und vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden zu vertreten.

Androsch

461. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 31. August 1973 über die Erweiterung der Vertretungsbefugnis der Finanzprokurator (15. Prokuraturverordnung)

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes, StGBI. Nr. 172/1945, wird verordnet:

Der Finanzprokurator wird übertragen, die Genossenschaftsküche der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bediensteten, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, vermögensrechtlich zu beraten und vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden zu vertreten.

Androsch

462. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 31. August 1973 über die Erweiterung der Vertretungsbefugnis der Finanzprokurator (16. Prokuraturverordnung)

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes, StGBI. Nr. 172/1945, wird verordnet:

Der Finanzprokurator wird übertragen, den Verein Land- und forstwirtschaftliches Rechenzentrum Wien vermögensrechtlich zu beraten und vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden zu vertreten.

Androsch

463.**ABKOMMEN**

zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und dem Handelsminister der Volksrepublik Albanien über die internationale Güterbeförderung mit Lastkraftwagen

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und der Handelsminister der Volksrepublik Albanien haben, von dem Wunsch geleitet, den Straßengüterverkehr zwischen beiden Staaten zu regeln, folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Unternehmen, die ihren Sitz in einem der beiden Vertragsstaaten haben und zur Beförde-

MARRËVESHJE

Midis Ministrit Federal të Tregëtisë, Artizanatit dhe Industrisë të Republikës së Austrisë dhe Ministrit të Tregëtisë të Republikës Popullore të Shqipërisë mbi transportin ndërkombëtar të mallrave me kamjona

Ministri Federal i Tregëtisë, Artizanatit dhe Industrisë të Republikës së Austrisë dhe Ministri i Tregëtisë të Republikës Popullore të Shqipërisë, të nisur nga dëshira për të rregulluar transportin rrugor të mallrave midis dy shteteve, u muarrën vesh për sa më poshtë:

Neni 1

(1) Ndërmarrjet që kanë vënd-qëndrimin e tyre në njerën nga të dy Palët kontraktuese

zung von Gütern befugt sind, bedürfen zur Güterbeförderung zwischen ihrem Heimatstaat und dem anderen Staat, zum Transitverkehr durch den anderen Staat hindurch sowie für Beförderungen zwischen einem dritten Staat und dem anderen Vertragsstaat, wenn der Heimatstaat durchfahren wird, einer von der zuständigen Stelle ihres Heimatstaates im Rahmen des gemäß Artikel 5 vereinbarten Kontingentes ausgestellten Genehmigung des anderen Staates.

(2) Die Unternehmen sind berechtigt, Güter im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu laden und diese in das Gebiet ihres Heimatstaates zu befördern, ohne Rücksicht darauf, ob das Fahrzeug beladen oder leer eingefahren ist.

(3) Auf Grund dieses Abkommens sind die Unternehmen nicht berechtigt, Gütertransporte innerhalb des Gebietes des anderen Vertragsstaates, das heißt Transporte, die auf diesem Gebiet beginnen und enden, auszuführen.

Artikel 2

(1) Eine Genehmigung ist nicht erforderlich für

- a) die Beförderung von Leichen und Umzugsgut in besonders für diesen Zweck ausgestatteten Kraftfahrzeugen,
- b) die Beförderung von Gegenständen für Messen und Ausstellungen,
- c) die Beförderung von Rennpferden, Rennfahrzeugen und anderen Sportgeräten für sportliche Veranstaltungen,
- d) die Beförderung von Gegenständen für kulturelle Veranstaltungen,
- e) die Beförderung von beschädigten Fahrzeugen oder von Fahrzeugen, die eine Panne hatten,
- f) die Abschleppfahrzeuge.

(2) Die unter Abs. 1 lit. b bis d angeführten Ausnahmen gelten jedoch nur, wenn die betreffenden Güter wieder zurückgeführt werden.

Artikel 3

(1) Die Genehmigung nach Art. 1 wird nur an solche Unternehmen ausgestellt, die nach den Vorschriften des Heimatstaates zur internationalen Güterbeförderung auf der Straße berechtigt sind.

(2) Die Genehmigung gilt ausschließlich für das Unternehmen selbst und ist nicht übertragbar.

Artikel 4

(1) Die Genehmigung ist für einen bestimmten Zeitraum auszustellen, der mindestens nach ganzen Kalendertagen zu bemessen ist.

dhe që janë autorizuar të bëjnë transportimin e mallrave, për transportimin e mallrave midis shtetit të tyre të origjinës dhe shtetit tjetër, për transportimin tranzit që kalon nëpërmjet shtetit tjetër si dhe për transportimet midis një shteti të tretë dhe shtetit të Palës tjetër kontraktuese, kur kalohet nëpërmjet shtetit të origjinës, duhet të pajisen me një autorizim të shtetit tjetër të lëshuar nga organi kompetent i shtetit të tyre të origjinës në kuadrin e kontigjentit për të cilin është rënë dakord në bazë të nenit 5.

(2) Ndërmarrjet kanë të drejtë të ngarkojnë mallra në teritorin e Palës tjetër kontraktuese dhe t'i transportojnë ato në teritorin e shtetit të tyre të origjinës, pa marrë parasysh nëse automjeti ka mbijetur i ngarkuar ose bosh.

(3) Në bazë të kësaj Marrëveshjeje ndërmarrjet nuk kanë të drejtë të kryejnë transportime mallrash brënda teritorit të Palës tjetër kontraktuese domethënë transportime që fillojnë dhe mbarojnë në këtë teritor.

Neni 2

(1) Një autorizim nuk nevojitet për:

- a) transportimin e kufomave dhe të mallrave të përdorimit shtëpijak me kamjona të rregulluar posaçërisht për këtë qëllim,
- b) transportimin e objekteve për panaire dhe ekspozita,
- c) transportimin e kuajve të vrapimit, mjeteve të vrapimit dhe sendeve të tjera sportive për manifestime sportive,
- d) transportimin e objekteve për manifestime kulturele,
- e) transportimin e automjeteve të dëmtuara dhe automjeteve që kanë pësuar avari,
- f) automjeteve të rimorkjuara.

(2) Përjashtimet e përmendura në parag. 1, gërma b) deri d) janë të vlefshme vetëm në rast se mallrat përkatëse do të rikthehen përsëri.

Neni 3

(1) Autorizimi në bazë të nenit 1 i lëshohet vetëm atyre ndërmarrjeve, të cilat simbas dispozitave të shtetit të origjinës kanë të drejtën e transportimit ndërkombëtar rrugor të mallrave.

(2) Autorizimi vlen kryesisht për vetë ndërmarrjen dhe nuk mund t'u jepet të tjerëve.

Neni 4

(1) Autorizimi duhet të lëshohet për një periudhë të caktuar kohe, e cila duhet të matet të paktën simbas ditëve të plota kalendarike.

(2) Die Genehmigung ist bei jeder Fahrt mitzuführen und auf Verlangen den Kontrollorganen vorzuweisen.

Artikel 5

Alljährlich bis zum 15. Dezember bestimmen der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich und der Handelsminister der Volksrepublik Albanien einvernehmlich die Anzahl der Genehmigungen für das nächste Jahr.

Artikel 6

(1) Die Unternehmen und das Dienstpersonal der Lastkraftwagen sind verpflichtet, die Verkehrs- und sonstigen Rechtsvorschriften jenes Vertragsstaates, auf dessen Gebiet sie sich befinden, einzuhalten.

(2) Im Falle eines Vergehens gegen Verkehrs- oder sonstige Rechtsvorschriften ist der Vertragsstaat, der die Genehmigung ausgestellt hat, auf Verlangen des anderen Vertragsstaates verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Artikel 7

Zahlungen, die sich aus der Anwendung dieses Abkommens ergeben, erfolgen gemäß dem zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Albanien für die Zeit vom 1. Jänner 1973 bis 31. Dezember 1977 abgeschlossenen Handels- und Zahlungsabkommen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden alle Schritte unternehmen, um die praktische Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Transporte zu erleichtern.

Artikel 9

(1) Die Genehmigungen werden in der Republik Österreich vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und in der Volksrepublik Albanien vom Handelsminister ausgestellt.

(2) Die Vertragsparteien werden wegen aller Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens laufend in unmittelbarer Verbindung bleiben.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt am 1. Oktober 1973 in Kraft.

(2) Es kann von jeder der Vertragsparteien drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres zum Jahresabschluß gekündigt werden.

(2) Autorizimi duhet të mbahet me vehte gjatë çdo udhëtimi dhe t'u paraqitet organeve të kontrollit kur kërkohet.

Neni 5

Çdo vit deri më 15 dhjetor, Ministri Federal i Tregëtisë, Artizanatit dhe Industrisë të Republikës së Austrisë dhe Ministri i Tregëtisë të Republikës Popullore të Shqipërisë, në marrëveshje me njeri tjetrin, do të caktojnë numurin e autorizimeve për vitin e ardhëshëm.

Neni 6

(1) Ndërmarrjet dhe personeli i shërbimit të kamjonave janë të detyruar të respektojnë rregullat e trafikut dhe dispozitat e tjera ligjore të asaj Pale kontraktuese, në teritorin e së cilës ato ndodhen.

(2) Në rastin e një shkeljeje të rregullave të trafikut ose të dispozitave të tjera ligjore, Pala kontraktuese që ka lëshuar autorizimin, me kërkesën e Palës tjetër kontraktuese, është e detyruar të marrë masat përkatëse.

Neni 7

Pagesat, të cilat rrjedhin nga zbatimi i kësaj Marrëveshjeje, do të kryhen në bazë të Marrëveshjes tregëtare dhe të pagesave, përfunduar midis Qeverisë Federale të Austrisë dhe Qeverisë së Republikës Popullore të Shqipërisë për periudhën 1. 1. 1973 deri më 31. 12. 1977.

Neni 8

Palët kontraktuese do të ndërmarrin të gjitha hapat, për të lehtësuar zbatimin praktik të transportimeve të parashikuara në këtë Marrëveshje.

Neni 9

(1) Autorizimet do të lëshohen në Republikën e Austrisë nga Ministri Federal i Tregëtisë, Artizanatit dhe Industrisë dhe në Republikën Popullore të Shqipërisë nga Ministri i Tregëtisë.

(2) Palët kontraktuese përsa i takon të gjitha çështjeve që kanë lidhje me zbatimin e kësaj Marrëveshjeje do të mbajnë midis tyre vazhdimisht lidhje të drejtpërdrejta.

Neni 10

(1) Kjo Marrëveshje hyn në fuqi më 1 tetor 1973.

(2) Ajo mund të denoncohet në fund të vitit nga secila prej Palëve kontraktuese, tre muaj para mbarimit të një viti kalendarik.

Geschehen in zweifacher Ausfertigung zu Tirana am 23. Juli 1973 in deutscher und albanischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

DER BUNDESMINISTER FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE DER REPUBLIK ÖSTERREICH:

Staribacher m. p.

DER HANDELSMINISTER DER VOLKS-REPUBLIK ALBANIEN:

Ngjela m. p.

Bërë në Tiranë, më korrik 1973 në dy ekzemplarë sejcili në gjuhën gjermane dhe shqipe, duke pasur të dy tekstet fuqi të barabartë.

MINISTRI FEDERAL I TREGËTISË ARTIZANATIT DHE INDUSTRIËS TË REPUBLIKËS SË AUSTRISË

Staribacher m. p.

MINISTRI I TREGËTISË TË REPUBLIKËS POPULLORE TË SHQIPËRISË

Ngjela m. p.

Kreisky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 234.—, inklusive Umsatzsteuer, für Inlands- und S 304.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 40 g + 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 + 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.